



Diffamieren und Beleidigen sind zum Volkssport geworden

Der Tagesspiegel, das so genannte „Leitmedium“ der Hauptstadt, wünscht uns in seinem Newsletter an diesem Samstag einen „Guten Morgen“, und weist gleich darauf hin, dass Berlin mit Rot-Rot-Grün unzufrieden ist und immer unzufriedener wird. Das ginge aus einer repräsentativen Umfrage des Instituts Civey für den Tagesspiegel hervor. 69,3 Prozent derer, die sich an der Online-Umfrage beteiligt haben, sind unzufrieden, 50,2 Prozent sogar sehr unzufrieden.

Schaut man sich heute bei Civey deren aktuelle Umfragewerte von SPD (17,7%), Grünen (26,3%) und Linken (13,0%) an, so kommt R2G in der Summe auf 57 Prozent. Irgendwie passt das nicht zusammen. Wenn sich nicht Entscheidendes ändert, bleibt uns die Farbkombination auch nach dem 26. September erhalten. Vielleicht heißt es dann GR2.

Was erfahren wir über Civey bei Wikipedia? „Die Civey GmbH ist ein Berliner Start-up-Unternehmen, das Online-Umfragen für Meinungs- und Marktforschung durchführt, wobei Ergebnisse unmittelbar angezeigt werden. Die Umfragen werden gleichzeitig auf verschiedenen Internetseiten eingebunden, so dass sich die Umfrageteilnehmer aus Besuchern dieser Seiten rekrutieren. Um hohe Repräsentativität zu erreichen, werden die Umfrageergebnisse anhand weiterer Kriterien unterschiedlich gewichtet. Kritiker bezweifeln jedoch die Qualität der Ergebnisse. Civey sieht sich mit zunehmendem Bekanntheitsgrad verschiedener Kritik ausgesetzt, speziell zu folgenden Punkten: Repräsentativität, Verzerrung durch Auswahl und Selbstausswahl der Teilnehmer und des Umfeldes, Scheingenauigkeit, Angabe auf 1/10 Prozent, Fälschungssicherheit, Betrugs- und Täuschungsvorfälle.“

Wir empfehlen dazu einen Artikel in der taz „repräsentativ daneben“

<https://taz.de/Meinungsforschungsinstitut-Civey!/5534782/>

In dem nächsten Beitrag des Tagesspiegel Newsletters von heute, macht sich dieser Sorgen um die Beliebtheitswerte des Regierenden Bürgermeisters Michael Müller. Auf dem Online-Parteitag der SPD am 24. April wurde Müller mit 88 Prozent der Delegiertenstimmen zum Spitzenkandidaten für die Berliner Bundestagsliste gewählt. Online-Ergebnisse

müssen durch eine Briefwahl bestätigt werden, das ist am 14. Mai erfolgt. 97,5 Prozent der Briefwähler haben für Michael Müller auf Listenplatz Eins gestimmt.

Das kann die konservative Hauptstadtresse „Welt“ und „Tagesspiegel“ natürlich nicht auf sich sitzen lassen. Da kommt die Geschichte einer harmlosen Frau, die nur ihre Meinung kundtun wollte und die Härte der Strafverfolgungsorgane zu spüren bekam, gerade richtig. Was war geschehen: „Eine Frau hatte auf ihrer Facebook-Seite ein nachbearbeitetes Foto von Müller weiterverbreitet, das sie bei Twitter entdeckt hatte. So berichtet es die ‚Welt‘, die den Fall ans Licht gebracht hat. Auf dem Bild war Müller zu sehen mit einem Schild, auf dem ‚Alle nach #Berlin‘ stand. Müller hatte mit dem Schild eigentlich für die Berliner Kältehilfe geworben. Durch die Bearbeitung entstand der Eindruck, Müller wolle alle Bootsflüchtlinge nach Berlin holen. Die Facebook-Nutzerin warf Müller dann in einem Kommentar zum Bild noch vor, ‚absolutes Desinteresse‘ an dem zu zeigen, was gerade in Berlin vor sich gehe und endete mit der Aussage ‚NiewiederSPD‘.“ „Als der Post weitere Öffentlichkeit erreichte und auch in AfD-nahen Zirkeln seine Kreise zog, soll Müller laut ‚Welt‘ den leitenden Oberstaatsanwalt ... zur strafrechtlichen Prüfung aufgefordert und persönlich Strafantrag gestellt haben.“
Quelle: Berliner Morgenpost.

Nehmen wir einmal an, es war so. Wo ist das Problem? Politiker sind in diesem Land inzwischen Freiwild. Sie werden beleidigt und diffamiert, was das Zeug hält. Es ist vollkommen richtig, dass sie sich im Rahmen unserer rechtsstaatlichen Möglichkeiten wehren und Anzeigen erstatten. Wenn es sein muss, im Minutentakt. Journalisten sollten die Schmähungen, die, wie wir wissen, auch zur Ermordung von Politikern führen können, erst nehmen und dagegen anschreiben. So, wie sie es tun, wenn sie selbst ins Fadenkreuz geraten.

Der Klarname der Frau wurde ermittelt. Die Ermittler „erwirkten einen richterlichen Durchsuchungsbeschluss und drangen in die Wohnung der Frau ein, wo sie Handys und Tablets beschlagnahmten.“ In der Berichterstattung der „Welt“ liest sich dieser Vorgang, als habe die Stasi eine Wohnung gestürmt. „Um kurz nach sechs hämmert es mit voller Wucht an ihrer Tür, die Klingel schrillt unablässig, und im Treppenaufgang des Zehlendorfer Miethauses ist das Getrampel von schweren Stiefeln zu hören. F. eilt im Pyjama zum Eingang, eine ihr unbekannte Frau stellt sofort den Fuß in die Tür und hält ihr eine Dienstmarke des Landeskriminalamtes entgegen – und



einen Durchsuchungsbeschluss. (...) Die Beamten beschlagnahmten zwei Handys und zwei Tablets, F. gab freiwillig ihre Passwörter preis." Schüsse sind offenbar nicht gefallen.

Die Art der Berichterstattung ist unglaublich und kehrt (mal wieder) die Opfer-Täter-Rolle um. Nicht der diffamierte Politiker ist das Opfer, sondern die Person, die ihn beleidigt hat. Da erinnern wir uns sofort an **Renate Künast** und ihren Kampf gegen die unsäglichen Beleidigungen, die sie ertragen musste. Das Berliner Landgericht hatte 2020 entschieden, dass Online-Kommentare wie "Drecks Schwein", "Schlampe" und noch drastischere sexistische Ausdrücke keine Beleidigungen seien. Erst die nächst höhere Instanz, das Kammergericht, bewertete die Äußerungen als strafbare Beleidigungen.

Jene Frau, die Müller auf Facebook verunglimpfte, hat gegen den Einsatz der Polizei Klage eingereicht. Und siehe da, mal wieder kam das Berliner Landgericht zu dem Schluss, dass das Vorgehen der Justiz rechtswidrig gewesen sein. „Es habe keine üble Nachrede gegeben und auch keine Beleidigung, sondern einen harmlos formulierten Vorwurf und eine freie Meinungsäußerung.“ Wie sagte es das Landgericht schon im Fall Künast? Die Beleidigungen müsse sie ertragen. Was müssen Politiker ertragen? Wo liegt die Grenze und wer legt sie fest? Natürlich die Gerichte, die den professionellen Verleumdern in den asozialen Medien einen breiten Raum lassen. Dennoch sollte kein Politiker davor zurückschrecken, alles zur Anzeige zu bringen, wovon er sich beleidigt und verletzt fühlt.

Damit ist der Fall aber noch nicht vom Tisch. Ausgerechnet Politiker, die jederzeit selbst Opfer von Beleidigungen werden könnten, werfen jetzt dem Regierenden Bürgermeister vor, Einfluss auf den Vorgang genommen, unterschwellig die Hausdurchsuchung selbst veranlasst zu haben. Äußerungen dieser Art erfolgen wider besseres Wissen. Jeder halbwegs gebildete Mensch weiß, dass er nach dem Stellen einer Anzeige erst wieder davon hört, wenn das Verfahren eröffnet oder eingestellt wird. Wer suggeriert, dass ein Regierungschef der Justiz vorschreiben kann, was sie zu tun hat, glaubt nicht in Deutschland zu sein, sondern in der Türkei oder in Russland.

Die CDU will nun das Thema am Mittwoch im Rechtsausschuss zur Sprache bringen. Der so genannte Rechtsexperte der CDU, **Sen Rissmann**, geht wahlkampfbedingt in die Vollen. „Gab es hier politischen Druck oder eine Einflussnahme des Justizsenators“,

fragt Rissmann. Justizsenator **Dirk Behrendt** würde einen Teufel tun, das zu machen, was Rissmann suggeriert. Rissmann legt nach: „Sollte sich der Eindruck bestätigen, dass auf Druck eines Regierungsmitglieds strafrechtlich gegen **eine zulässige Meinungsäußerung** vorgegangen wird, beschädigt es das Vertrauen der Bürger in Demokratie und Rechtsstaat.“ Haben Sie es nicht ein bisschen kleiner, Herr Rechtsexperte? Rissmann stellt sich dumm, müsste er doch wissen, dass, ob es sich um „eine bloße Meinungsäußerung“ oder um eine Beleidigung handelt, nicht derjenige entscheidet, der die Anzeige stellt, sondern die Justizbehörden und letztlich die Gerichte. Die Gerichte könnten einen Katalog herausgeben, was noch freie Meinungsäußerung oder schon Beleidigung ist.

Geradezu perfide ist die Stellungnahme des Sprechers für Recht und Verfassungsschutz der FDP-Fraktion, **Holger Krestel**. Ohne Erkenntnisse zu haben, behauptet er: „Es verstärkt sich der Anschein, dass Michael Müller seine Stellung als Regierender Bürgermeister genutzt hat, um direkt mit dem Leiter der Berliner Staatsanwaltschaft Ermittlungen am normalen Verfahrensweg vorbei in Gang zu setzen. Wäre hier eventuell der Tatbestand des Amtsmissbrauch erfüllt, liegt es sogar nah, dass auch das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung beschnitten wurde?“ Das ist an Lächerlichkeit nicht zu überbieten.

Die „Welt“ kritisiert: „Müllers Sprecherin lehnte eine Stellungnahme trotz mehrfacher Nachfragen ab.“ Ja, was denn sonst? Schon mal in der Redaktion der „Welt“ etwas von laufenden Verfahren gehört, zu denen keine Stellungnahmen abgegeben werden? Was ich bei diesem Vorgang vermisse, ist ein gewisses Maß an Solidarität unter denen, die sich ständig Beleidigungen bis hin zu Morddrohungen ausgesetzt sehen, vornehmlich Politiker und Journalisten.

Wie bekannt, fährt der Regierende Bürgermeister einen gepanzerten Dienstwagen. Nicht, weil er und andere in seiner Position das besonders schön finden, sondern weil es die Gefährdungslage erfordert. Für die Einschätzung der Gefährdungslage sind nicht die Politiker zuständig, sondern die Sicherheitsbehörden. Dass ein tonnenschwerer Panzer mehr Treibstoff verbraucht als herkömmliche Fahrzeuge, ist logisch. Elektrofahrzeuge gibt es in diesem Standard noch nicht. Das alles hindert die Medien aber nicht daran, jedes Jahr aufs Neue dem Senatschef „seine Umweltschleuder“ vorzuwerfen. Nicht wenigen Medien wünscht man die Zeit, erst sauber zu recherchieren, ehe sie Bullshit in die Welt blasen.

Ed Koch